

Große Regulation

Die Volksrepublik China zeigt seinen sehr schnell sehr mächtig gewordenen Konzernen, vor allem den Tech-Unternehmen, Grenzen auf

Jörg Kronauer

Als »Feldzug gegen die Tech-Konzerne«, als »Big Tech Crackdown« oder auch als »digitale Kommandowirtschaft« macht sie seit geraumer Zeit Schlagzeilen: die Kampagne zur Regulierung der viele Milliarden US-Dollar schweren chinesischen Internetunternehmen, die die Regierung in Beijing gegenwärtig führt. Ob Branchengrößen wie Alibaba, Tencent, Didi oder Meituan, ob im Westen weniger bekannte Unternehmen wie der Jobvermittler Kanzhun, ob spezielle Sektoren wie die Nachhilfeindustrie: Chinas Behörden nehmen sich Unregelmäßigkeiten im Geschäftsgebaren vor, schreiten gegen monopolistische Praktiken und gegen andere Verstöße, etwa Nachlässigkeiten beim Datenschutz, hart ein. Immer wieder hagelt es Strafen – zuweilen in Milliardenhöhe –, immer wieder geben riesige Konzerne nach. Und: Immer wieder stürzen die Aktienkurse der betroffenen Unternehmen drastisch ab. Das wiederum treibt Investoren die Schweißperlen auf die Stirn und führt auch in westlichen Wirtschaftskreisen zu besorgten Debatten: Worum geht es denn tatsächlich bei der Kampagne der Behörden in Beijing? Sollen die Konzerne, deren Aktien man erworben hat, entmachtet, sollen sie vielleicht sogar zerschlagen werden? Nun, einer Antwort auf derlei Fragen kann man sich zunächst am besten im jeweiligen Einzelfall nähern.

Der erste der Tech-Riesen, den die beginnende Regulierungskampagne der chinesischen Regierung traf, war der als Onlinehändler – ähnlich Amazon – groß gewordene Konzern Alibaba. Auslöser war der geplante Börsengang der Konzerntochter Ant Financial, der am 5. November 2020 an den Aktienmärkten in Shanghai und Hongkong einen Rekordwert von mehr als 34 Milliarden US-Dollar (etwa 29 Milliarden Euro) einspielen sollte. Daraus wurde nichts: [Am 3. November zogen die Behörden in letzter Minute die Reißleine und untersagten den Schritt](#). Nur eine Woche später legte die State Administration for Market Regulation (SAMR) einen [Gesetzentwurf vor, der darauf abzielte, den Tech-Konzernen erheblich straffere Zügel anzulegen](#). Mitte Dezember folgte eine [Strafe für Alibaba wegen einer nicht korrekt angemeldeten Firmenübernahme](#); war diese mit etwa 76.500 US-Dollar für das Unternehmen noch ein Klacks, so wog eine [im April verhängte Strafe von rund 2,8 Milliarden US-Dollar](#) schon schwerer. Im März war Alibaba zudem unter Druck geraten, seine Beteiligungen an Medien zu veräußern, darunter beispielsweise die einflussreiche *South China Morning Post* aus Hongkong. Im April teilte dann die chinesische Zentralbank mit, Ant Financial werde in eine Finanzholding transformiert – unter stärkerer Kontrolle der Regierungsbehörden.

Über die Motive für die Maßnahmen gegen Alibaba ist viel spekuliert worden. Ohne Frage trifft zu, dass Alibaba immer mächtiger geworden ist und sein Einfluss überhandzunehmen drohte – nicht zuletzt übrigens, weil der Konzern bei seinen Aktivitäten auf die Daten seiner angeblich rund eine Milliarde Nutzer zurückgreifen kann; das eröffnet ihm, zumal in der Ära der künstlichen Intelligenz, ungeahnte Potentiale. Es kamen dann im Laufe des Jahres 2020 noch konkrete Sorgen der Behörden über die Vermittlung kurzfristiger, nicht abgesicherter und daher riskanter Kredite an Privatpersonen durch Ant Financial hinzu – ein Geschäftsmodell, das unter ungünstigen Umständen wohl eine schwere Finanzkrise ähnlich

derjenigen von 2008 auslösen könnte. Als Ex-Alibaba-Chef Jack Ma am 24. Oktober 2020, keine zwei Wochen vor dem geplanten Börsengang von Ant Financial, in einer öffentlichen Rede auf dem Bund Finance Summit in Shanghai für sein Modell warb und dabei den chinesischen Bankern kollektiv eine »Pfandleihmentalität« vorwarf, war das wohl ein Schritt zuviel: Am 2. November wurde er bei der Zentralbank und den Regulierungsbehörden zum Gespräch einbestellt; am Tag danach folgte mit der Absage des Börsengangs von Ant Financial der erste große Schlag in der Regulierungskampagne. Die Maßnahmen, mit denen Alibaba Zügel angelegt werden sollen, dauern seither an.

Schnell hat sich bestätigt, dass es Beijing bei alledem nicht nur um Alibaba und das Finanzgebaren von Jack Ma ging. Bereits am 11. Dezember vergangenen Jahres teilte das Politbüro der Kommunistischen Partei mit, ab 2021 würden, wie es ja der SAMR-Gesetzentwurf vom November bereits hatte vermuten lassen, scharfe Antimonopolmaßnahmen gegen »zügellose Kapitalexpansion« umgesetzt. Dass sich dies auch gegen weitere Tech-Konzerne richten würde, lag auf der Hand. Während der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März wurde die Formel vom Kampf gegen die »zügellose Kapitalexpansion« ausdrücklich bekräftigt. Chinesische Medienberichte stellten klar, worauf der Kampf im Detail zielen werde: auf Dumpingpraktiken etwa; auf Versuche von Onlinehändlern wie Alibaba oder Pinduoduo, Händlern, die über diese Plattformen Waren anböten, den Verkauf über andere Vertriebswege zu untersagen; auf das gezielte Abschotten der eigenen Internetsphäre gegen die Konkurrenz, so etwa durch die Weigerung, Zahlungen mit Zahlungssystemen rivalisierender Unternehmen zu gestatten; und immer wieder standen Verstöße gegen Datenschutzbestimmungen im Mittelpunkt. Das war auch Ende Juli bei einer Ankündigung des Ministeriums für Industrie und Informationstechnologie der Fall, im kommenden Halbjahr weitere scharfe Inspektionen in der Tech-Branche vorzunehmen.

Didis Datenmissbrauch

Die Datenschutzbestimmungen zielen bislang vor allem auf den Schutz chinesischer Daten vor unerwünschten Zugriffen des – der Sache nach westlichen – Auslands. Das zeigte sich, als Anfang Juli das chinesische Uber-Pendant Didi Ärger bekam. Der Fahrdienstleister war erst wenige Tage zuvor in New York an die Börse gegangen und hatte dabei stolze 4,4 Milliarden US-Dollar eingenommen. Nun aber ordnete die Cyberspace Administration of China (CAC) überraschend an, die Didi-App aus allen chinesischen App-Stores zu löschen; damit konnte der Konzern keine chinesischen Neukunden mehr gewinnen – angesichts der Tatsache, dass er gut 95 Prozent seines Umsatzes in China erzielt, ein ernster Schlag. Prompt stürzten seine Aktien an der Wall Street ab und lagen nur wenige Tage nach dem Börsengang bereits um 30 Prozent unter ihrem Anfangswert; Ärger war damit garantiert. Nicht zuletzt für antichinesische Hardliner in den Vereinigten Staaten war der Vorfall ein gefundenes Fressen: Dass man Didi den Börsengang in New York überhaupt erlaubt habe, sei »rücksichtslos und unverantwortlich« gewesen, tönte beispielsweise der republikanische Senator Marco Rubio aus dem Bundesstaat Florida. Rubio ist einer der noch nicht allzu zahlreichen US-Politiker, die wegen ihrer Vorreiterrolle bei den US-Aggressionen gegen Beijing bereits mit chinesischen Gegensanktionen belegt wurden.

Worum ging's bei dem Schlag der CAC gegen Didi? Offiziell hieß es, der Konzern missbrauche Daten seiner Kunden – immerhin knapp eine halbe Milliarde Chinesen –, und er gefährde damit die nationale Sicherheit. Details nannte unter Berufung auf Insider zuerst am 5. Juli das *Wall Street Journal*. Demnach hatte die CAC das Unternehmen Wochen vor dem Börsengang aufgefordert, sorgfältig den Schutz seiner Datennetzwerke zu prüfen und gegebenenfalls die Listung an der Wall Street zu verschieben. Zwar befänden sich die Server,

auf denen die Didi-Kundendaten lagerten, innerhalb der Volksrepublik, doch sei unklar, ob Bauteile der Server, die aus dem Ausland stammten, auswärtigen Stellen einen Zugriff auf die Daten erlaubten. Didi habe die CAC-Warnung nicht sehr ernstgenommen und seinen US-Börsengang wie geplant fortgesetzt, berichtete das *Wall Street Journal*. Das wiederum habe die chinesischen Behörden veranlasst, den Konzern unmittelbar nach dem Börsengang unsanft zur Ordnung zu rufen. Schließlich zählten Transportunternehmen wie Didi in der Volksrepublik zur »kritischen Infrastruktur«, bei der Beijing sich keinen Leichtsinn erlaube. Der eskalierende Machtkampf zwischen den Vereinigten Staaten und China fordere eben, wenig überraschend, seinen Tribut.

Wenige Tage nach ihrem Schlag gegen Didi legte die CAC nach und verschärfte ausdrücklich die Regeln für Börsengänge im Ausland. Demnach müssen Tech-Konzerne, die mehr als eine Million Nutzer haben – für chinesische Onlinefirmen ist das nicht gerade viel –, vorab eine sorgfältige behördliche Überprüfung ihrer Datensicherheit über sich ergehen lassen, wenn sie im Ausland an die Börse gehen wollen. Der Schritt zeigte umgehend Wirkung. So teilten gleich mehrere Firmen, darunter der Fahrradverleiher Hellobike sowie der Lebensmittellieferdienst Meicai, prompt mit, unter den neuen Bedingungen würden sie ihre Listung an der Wall Street verschieben. Der Lieferdienst Lalamove aus Hongkong stellte seine US-Börsenpläne sogar vollständig zur Debatte und dachte laut über die Listung in seiner Heimatstadt nach. Die dortige Börse hoffe bereits auf einen neuen Boom und bereite eine Beschleunigung ihrer Prozeduren vor, um von den neuen Hindernissen für chinesische Konzerne bei Börsengängen im Ausland zu profitieren, berichtete das *Handelsblatt*; der Run chinesischer Konzerne an die Wall Street – 34 chinesische Firmen seien in den ersten sechs Monaten 2021 dort gelistet worden – sei jedenfalls fürs erste gestoppt.

Bereits im April hatte der Crackdown der chinesischen Behörden den Essenslieferdienst Meituan getroffen, ein chinesisches Pendant zu Delivery Hero. Die Regulierungsstelle SAMR leitete eine Untersuchung des Unternehmens wegen etwaiger »monopolistischer Praktiken« ein; dabei ging es insbesondere um den Vorwurf, Meituan untersage es den Restaurants, deren Speisen der Konzern ausliefere, ihre Ware auch bei anderen Lieferdiensten anzubieten. Dabei hatte das Vorgehen der Behörden in diesem Fall freilich einen zweiten Hintergrund. In den Monaten zuvor hatten Fahrer von Essenslieferdiensten mit Streiks und anderen Protesten auf ihre untragbare Situation aufmerksam gemacht: Ihre Bezahlung war miserabel; die üblichen Arbeitsschutzgesetze wurden ihnen vorenthalten; versprochene Bonuszahlungen für Feiertagsarbeit wurden ihnen unter Zuhilfenahme von Tricks entzogen. Die Stimmung drohte zu eskalieren. Im April nahm ein Beamter der Stadtverwaltung von Beijing undercover einen Meituan-Fahrerjob an – und machte seine Erfahrungen, die die Vorwürfe gegen die Lieferdienste vollauf bestätigten, publik. Meituan geriet in die Defensive. Ende Juli veröffentlichte die SAMR schließlich eine Verordnung, die sämtliche Essenslieferdienste unter anderem verpflichtete, ihren Fahrern zumindest den lokalen Mindestlohn zu zahlen. Anfang August machten dann Berichte die Runde, Meituan werde eine heftige Strafe wegen des Missbrauchs seiner Marktmacht zahlen müssen – wohl eine Milliarde US-Dollar.

Nachhilfeindustrie

Dass es bei dem Crackdown nicht immer nur um reine Tech-Konzerne geht, zeigt ein Beispiel, das es Ende Juli im Westen in die Schlagzeilen schaffte: das Geschäft mit der Nachhilfe. Das Problem: In China hat sich ein erbarmungsloser Wettkampf um die besten Schulnoten entwickelt, von denen der Zugang zu den besten Hochschulen und damit die Karrierechancen abhängen. Mehr als 90 Prozent aller Eltern schicken ihre Kinder inzwischen zum Nachhilfeunterricht, um ihnen optimale Chancen zu sichern – schon Grundschüler, auch

solche, die eigentlich gute Noten haben. Besser, so der Grundgedanke, geht immer. Dass dabei oft die Kindheit auf der Strecke bleibt, liegt auf der Hand. Seit einiger Zeit beschäftigt sich nun die Regierung damit, und das auf höchster Ebene. Die Nachhilfeindustrie sei »ein hartnäckiges Übel«, konstatierte Präsident Xi Jinping Anfang März bei der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses; es müsse jetzt schnell etwas geschehen. Die Schritte, die seitdem eingeleitet wurden, zeigen, wie sehr die Dinge im argen liegen. Anfang April etwa kündigte das Erziehungsministerium an, dass künftig keine Onlinenachhilfekurse mehr nach neun Uhr abends angeboten werden dürfen. Ende Juli hieß es zudem, Nachhilfeunternehmen dürften keinerlei Kurse mehr am Wochenende anbieten. Nachhilfe für unter Sechsjährige sei in Zukunft prinzipiell nicht mehr erlaubt.

Die Einschränkung der ausufernden Nachhilfe hat ökonomische Folgen. Erst kürzlich hat eine Untersuchung gezeigt, dass rund die Hälfte aller chinesischen Familien mehr als 10.000 Yuan im Jahr für Nachhilfe ausgeben; das sind mehr als 1.500 US-Dollar. Der Nachhilfemarkt hatte bereits 2019 ein Volumen von 120 Milliarden US-Dollar erreicht, war dann zwar 2020 pandemiebedingt eingebrochen, könnte aber, wenn nichts geschieht, laut Branchenstudien bis 2024 auf ein Jahresvolumen von über 200 Milliarden US-Dollar steigen. Das ist der Grund, weshalb einige Unternehmen, New Oriental aus Beijing etwa, längst an die Börse gehen konnten und weshalb auch Tech-Riesen wie Tencent oder Bytedance mittlerweile in die Nachhilfebranche expandieren. Dabei ist es immer wieder zu Exzessen gekommen – etwa dazu, dass Eltern mit günstigen Einstiegspreisen gelockt wurden, es dann aber plötzlich richtig teuer wurde. Die Regulierungsmaßnahmen der Regierung treffen jetzt alle, auch die großen Konzerne. Die Aktien von New Oriental etwa brachen denn auch bereits im März, als sich Beijings harter Kurs vorsichtig abzeichnete, um 30 Prozent ein. Ende Juli kollabierten sie sogar um 75 Prozent. Und es kann für die Investoren noch härter kommen: Die Regierung in Beijing will profitorientierte Nachhilfe überhaupt nicht mehr zulassen. Das wäre das Ende der Nachhilfeindustrie in ihrer heutigen Form.

Ob die Maßnahmen ausreichen, mag man bezweifeln: Die Verknappung des Nachhilfeangebots allein löst das Problem des Wettkampfs um die besten Noten kaum. Die Regierung in Beijing wird womöglich noch nachlegen müssen. Das übrigens auch aus einem anderen Grund: Die immensen Nachhilfekosten schrecken Familien davon ab, ein zweites oder gar drittes Kind zu bekommen. Ändert sich das nicht, dann altert die chinesische Gesellschaft rasant weiter, und es entsteht eher früher als später ein ernstes Rentenproblem. Die Regierung, die bereits 2016 die Ein-Kind-Politik aufgehoben und zwei Kinder pro Familie zugelassen hat, hat Ende Mai die Ausweitung auf drei Kinder angekündigt. Freilich hilft das alles nichts, wenn schon die Nachhilfe für das erste Kind den Familienlohn aufzehrt.

»Spirituelles Opium«

Alibaba, Didi, Meituan, die Nachhilfeindustrie: Das sind nur einige Beispiele für chinesische Unternehmen – viele von ihnen Tech-Konzerne –, die es mehr und mehr mit den Regulierungsbehörden zu tun bekommen haben, und allem Anschein nach wird sich der Crackdown noch eine Weile fortsetzen. Zuletzt traf es Tencent, einen der größten Tech-Konzerne Chinas, der nicht nur für seine Social-Media-Plattform Wechat bekannt ist, sondern auch als Anbieter populärer Onlinespiele. Als solcher hat er es schon seit Jahren mit staatlichen Regulierungsmaßnahmen zu tun. Im Kampf gegen Onlinespielsucht hatte Beijing bereits 2019 strikte Maßnahmen verhängt: Minderjährige dürfen seitdem nur noch 90 Minuten pro Tag und bis zu drei Stunden an Feiertagen online spielen; zwischen 22 Uhr und acht Uhr früh sind Spiele für sie gesperrt. Außerdem dürfen unter 16jährige maximal 200 Yuan (31 US-Dollar) pro Monat für Spiele ausgeben, 16- bis 18jährige maximal 400 Yuan. Um

sicherzustellen, dass die Regeln eingehalten werden, müssen sich alle Spieler mit Klarnamen und ID-Nummer anmelden. Nur: Regeln kann man umgehen; Online-Tools, mit denen man das bei Spielen tun kann, sind fast genauso populär wie die Spiele selbst, und einige chinesische Spielekonzerne bieten sie sogar eigens an.

Beijing macht im Rahmen seiner Regulierungskampagne nun auch den Kampf gegen die Onlinespielsucht zur Chefsache. Spielsucht habe negative Auswirkungen auf Jugendliche, zitierte die Nachrichtenagentur *Xinhua* Präsident Xi Jinping anlässlich der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März – und bereits während der Tagung wurden erste Vorschläge zur Lösung des Problems diskutiert. Wer da gerade spiele, das könne man mit Gesichtserkennung zuverlässig kontrollieren, hieß es etwa; Tencent habe dies bei einigen besonders populären Spielen längst erprobt. Anfang August nahm der Druck auf die Branche dann drastisch zu: Die Wirtschaftszeitung *Economic Information Daily*, die *Xinhua* gehört, publizierte einen geharnischten Artikel, der die Onlinespielsucht scharf anprangerte und Spiele als »elektronische Drogen«, sogar als »spirituelles Opium« attackierte. Das saß: Die verheerende Rolle des Opiums beim Niedergang Chinas im 19. Jahrhundert ist in der Volksrepublik allgemein bekannt. Weil der Artikel ahnen ließ, dass da politische Maßnahmen in der Mache waren, stürzte der Aktienkurs von Tencent zeitweise um elf Prozent ab und fing sich schließlich bei einem Minus von satten sieben Prozent. Der Konzern kündigte umgehend neue Schritte zur Durchsetzung der gesetzlichen Rahmenbedingungen unter seinen Kunden an. Bei der Regulierung der Branche geht es um riesige Summen: 665 Millionen Chinesen spielen Onlinespiele und gaben dafür zuletzt rund 43 Milliarden US-Dollar im Jahr aus.

Worum geht es also bei der aktuellen chinesischen Regulierungskampagne? In einigen Fällen um den Kampf gegen gesellschaftliche Missstände – gegen Onlinespielsucht, gegen den Nachhelfewahn –, punktuell auch gegen gefährliche Entwicklungen in der Finanzbranche – siehe etwa die Maßnahmen gegen Ant Financial –, zudem sehr häufig gegen klassische Versuche von Monopolen, Konkurrenten mit allen Mitteln auszubremsen und auszubooten. Jenseits der jeweils konkreten Ebene spielt allerdings ein weiterer, allgemeiner Faktor eine gewichtige Rolle: Mit den Tech-Konzernen nimmt die Regierung Unternehmen mit einer gewaltigen Marktmacht ins Visier. Nicht nur, dass die Tech-Konzerne in aller Regel gigantische Profite erzielen – Tencent erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2020 bei einem Umsatz von 73,9 Milliarden US-Dollar einen Gewinn von 19,5 Milliarden US-Dollar, Alibaba bei einem Umsatz von 72 Milliarden US-Dollar einen Gewinn von 21,1 Milliarden US-Dollar. Davon abgesehen: Kaum jemand kann sich ihrem Einfluss entziehen. Chinesen kommunizieren über Wechat, zahlen mit Wechat Pay oder Alipay und organisieren auch sonst ihren Alltag vom Einkaufen bis zur Nachhilfe in hohem, steigendem Maß über die Dienste von Onlineunternehmen. An ihnen führt – wie im Westen an Amazon, Facebook und Google – faktisch kein Weg vorbei.

Am längeren Hebel

Die aktuelle chinesische Kampagne bestätigt nun, dass in der Volksrepublik im Fall der Fälle die Regierung die Marktmacht zuverlässig in die Schranken weist; selbst äußerst mächtige Figuren wie Jack Ma ziehen dabei den kürzeren. Mit Blick darauf, dass auch im Westen durchaus Sorgen über die Marktmacht der Tech-Giganten bestehen, kritisierte am 28. Juli die *Washington Post*, im Unterschied zu China gehe es mit der Regulierung in den Vereinigten Staaten nicht so recht voran: Das »intensive Lobbying von Unternehmen aus dem Silicon Valley« sowie der verhärtete Streit zwischen den beiden Parteien im Washingtoner Kongress hätten bislang jegliche »wirksame Gesetzgebung« in der Sache durchkreuzt. Bei allem politischen Erfolg: Wirtschaftlich gesehen ist das chinesische Vorgehen allerdings nicht ohne

Risiko. Westliche Investoren, auf deren Geld die Branche setzt, diskutieren längst, ob es trotz allzu verlockender Gewinne nicht viel zu riskant sei, sich finanziell an chinesischen Tech-Konzernen zu beteiligen: Zu den Gefahren, die schon Washingtons Machtkampf gegen Beijing mit sich bringe, kämen für Chinas Tech-Branche nun noch Einschränkungen durch Regulierungsbehörden hinzu – siehe die regelmäßigen Kursstürze nach der Verhängung neuer Regulierungsmaßnahmen. Es sei »zu riskant«, überhaupt noch in chinesische Tech-Konzerne zu investieren, urteilte Anfang Juli der US-Börsenstrategen David Roche im US-Wirtschaftssender *CNBC*. Beijing nimmt das freilich in Kauf.

Dabei spricht manches dafür, dass bei der aktuellen Regulierungskampagne eine Unlust der Investoren, Geld in Alibaba, Tencent und Co. zu stecken, Beijing gar nicht unwillkommen ist. Dan Wang, ein Technologieexperte von Gavekal Dragonomics in Shanghai, urteilte kürzlich in der US-Fachzeitschrift *Foreign Affairs*, Chinas Big-Tech-Crackdown zielen auch darauf ab, die wirtschaftlich verfügbaren Ressourcen in stärkerem Maß als bisher »auf andere strategische Technologien zu lenken« – vor allem in die Halbleiterproduktion. Denn dort – und nicht im Onlinehandel, beim Taxibestellen oder beim alltäglichen Chatten – fielen Entscheidungen, die im großen historischen Machtkampf der Vereinigten Staaten gegen China von höchster Bedeutung seien – beispielsweise die Entscheidung über die Frage, ob die Volksrepublik ihren Aufstieg mit eigenen Halbleitern fortsetzen oder ob sie von Washington auf Dauer am technologischen Gängelband gehalten werden könne. Und es stimmt ja: Ökonomisch-politische Stärke und gesellschaftlicher Wohlstand gründen letztlich nicht in den zweifelhaften Segnungen von Onlinespielen, sondern in fortgeschrittener, eigenständiger, von äußerem Druck möglichst unabhängiger materieller Produktion.

Jörg Kronauer schrieb an dieser Stelle zuletzt in der [Ausgabe vom 22. Dezember 2020](#) über die politischen Verwerfungen des Jahres 2020.

Den Artikel finden Sie unter: <https://www.jungewelt.de/artikel/408147.staat-und-wirtschaft-in-china-große-regulation.html>